



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0386 890

F/XV/266 - Hannover, den 22. November 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|--------|--|-----|
| 1 - 3 | <u>Gegenwartsnah und zukunftsbezogen</u>
Der Standort der Deutschen Sozialdemokratie
Zum Referat Erich Ollenhauers | 118 |
| 4 | <u>Für das ganze deutsche Volk !</u>
Ein Wort zu den Begrüßungsreden der ausländischen
Gäste auf dem Parteitag in Hannover | 37 |
| 5 - 5a | <u>Griechenlands Weg in die EWG eine "Via Dolorosa"</u>
Die Benelux-Staaten als Hemmschuh in Brüssel
Von Dr. Basil Katiopoulos | 67 |
| 6 - 7 | <u>Notstand im sozialen Wohnungsbau !</u>
Vom Wohnungsbauminister ist keine Hilfe zu erwarten
Von Dr. Julius Brecht, MdB | 69 |

* * * *
* * *

Gegenwartsnah und zukunftsbezogen

Der Standort der Deutschen Sozialdemokratie
Zum Referat Erich Ollenhauers

ler-Hannover

Die Deutsche Sozialdemokratie erhält ihren Auftrag aus der Verpflichtung, für Volk und Staat, für das Ganze zu wirken. Zu ihren frühesten Anhängern gehörten die einst rechtlosen Arbeiter, der sogenannte vierte Stand, ein Produkt der im 19. Jahrhundert entstandenen Industriegesellschaft. Der Arbeiter war damals ein Hintersasse der Nation, er besass keinerlei politische Rechte, und der Zutritt zu den materiellen und geistigen Reichtümern der Nation blieb ihm versperrt. Diese Zeit gehört endgültig der Vergangenheit an. Sie ist überwunden worden durch das Wirken der Deutschen Sozialdemokratie, deren Ideen und Zielsetzungen die moderne Industriegesellschaft bis in ihre kleinsten Zellen hinein durchdrangen. Heute fühlt sich der Arbeitnehmer, dank der politischen Gleichberechtigung, als Mitträger und Mitgestalter der Nation.

Auch die Sozialdemokratie, ohne ihren Ideen untreu zu werden und die Quelle zu verleugnen, aus der ihre Stärke fließt, blieb vom Wandel der Zeiten nicht unberührt. Sie besass immer die geistige Kraft, die sich ändernden Gegebenheiten zu verarbeiten und ihre Ziele an den Fragen und Problemen zu orientieren, die die jeweilige Entwicklung aufwarf und stellte. Sie hat sich von dem im 19. Jahrhundert eigentümlichen Drang nach absoluten Antworten gelöst, sie hat in ihrem Godesberger Programm, das für die freiheitlich Gesinnten in aller Welt zur Fundgrube für neue Erkenntnisse geworden ist, kein verbindliches Geschichtsbild aufgestellt, sie hat sich damit begnügt, die Grundwerte darzustellen, welche die Sozialdemokraten in unserer Zeit zu verteidigen und durchzusetzen haben, und die Ziele zu weisen, die sich aus diesen Grundwerten ergeben. Es geht dabei um den Dreiklang von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Vor diesem geschichtlichen und ideellen Hintergrunde hielt Erich Ollenhauer auf dem Parteitag seine grundlegende und richtungweisende Rede. Sie war orientiert am Godesberger Programm, die Standortbestimmung der Deutschen Sozialdemokratie, ein Jahr vor der vierten Bundestagswahl. Weit spannte sich der Bogen seiner Überlegungen und Stellungnahmen zu den Fragen der deutschen Politik von Heute und Morgen. Die Antworten blieben nicht aus. Kein "Heisses Eisen" wurde umgangen.

Nach diesem Referat und den Entschliessungen, die der Parteitag noch zu verabschieden hat, sollte eigentlich der Streit, wie die Sozialdemokratie zur NATO und den sich daraus ergebenden Verpflichtungen steht, oder wie sie es mit der Ausrüstung der

Bundeswehr mit nuklearen Waffen hält, für immer begraben sein.

Die Deutsche Sozialdemokratie war schon immer eine westliche Partei, sie trat für Frieden und Völkerverständigung und für die Verwirklichung der grossen Ideale der westlichen Welt in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu einer Zeit ein, in der sich viele ihrer heutigen Befürworter und Vorgänger grosser Zurückhaltung befleißigten. Unverrückbar steht für das höchste Ziel der Partei Kurt Schumachers die Wiedergewinnung der verlorenen Einheit unseres gespaltenen Vaterlandes, die Verhinderung eines verheerenden Wettlaufens, die Abwehr der Bedrohung aus dem Osten auf allen Ebenen, der Ausbau der Bundesrepublik zu einem sozialen Rechtsstaat, der den Menschen ein menschwürdiges Dasein ermöglicht und Ungerechtigkeiten in der Vermögensbildung und -verteilung auf ein Mindestmass reduziert.

Die staatliche Gemeinschaft von zwei Dritteln unseres Volkes, denen die Tragödie von siebzehn Millionen Menschen Mitteldeutschlands erspart blieb, soll nach dem Willen und den Vorstellungen der Deutschen Sozialdemokratie so beschaffen sein, dass von ihr eine weit nach Osten hineinreichende Ausstrahlungskraft ausgeht. Nur so lassen sich die Gefahren aus dem Osten bannen. Die Demokratie muss ihre Verwirklichung auf allen Gebieten, und vor allem auf sozialem Gebiet, anstreben. Damit zerstört sie die Legende und den Glauben der Kommunisten, sie sässen am Hebel des gesellschaftlichen Fortschritts und der Westen würde ihnen eines Tages als reife Frucht in die Hände fallen. Sie verkennen hier die Macht von unzerstörbaren, die Menschheitsgeschichte bewegenden und durchleuchtenden Ideen, sofern dahinter Menschen und Kräfte stehen, die sie zum Leitmotiv ihres politischen Tuns - und dies im umfassendsten Sinne des Wortes - erhoben haben und erheben.

Dieser unverrückbare Standort, den die Deutsche Sozialdemokratie national und international bezogen hat, begründet ihr Nein zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Bundeskanzler Dr. Adenauer möchte diese Frage zum A und O der innerpolitischen Auseinandersetzungen machen. Aus dem Nein der Sozialdemokratie zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und zur politischen Führungsqualifikation eines Herrn Josef Strauß schliesst er auf eine mangelnde Verteidigungsbereitschaft. Welche Verkennung der politischen und militärischen Gegebenheiten. Sie ist, wie Ollenhauer sagte, nach Standort, Waffentechnik, Strategie und Taktik "weder militärisch notwendig, noch stellt sie die zweckrässigste und damit beste Bewaffnung deutscher Einheiten dar. Sie ist auch bei der geographischen Teilung unseres Volkes politisch gefährlich." Diese Feststellung, und darin liegt ihr besonderer Aussagewert, erfolgt zu einer Zeit grosser Ängste der Völker über die politischen, moralischen und finanziellen Folgen eines atomaren Rüstungswettlaufes, sie erfolgt aber auch

zu einer Zeit, in der die sich zur politischen Führung Amerikas berufenen Kräfte - es sind junge und unverbrauchte Kräfte - bemühen werden, durch neue Ideen und Initiativen aus dem bisherigen Teufelskreis herauszukommen. Die Bundesrepublik kann hier, und das war der leidenschaftliche Apell Erich Ollenhauers an die Bundesregierung, nicht abseits stehen. Sie wird auf der Suche nach Erhaltung des Friedens und nach der damit verbundenen kontrollierten und gleichwertigen Abrüstung jede Unterstützung der Sozialdemokratie finden. Die Bundesregierung wird bei ihr immer auf die Bereitschaft zur gemeinsamen Abwehr der auf uns zukommenden Gefahren stossen. Die aussenpolitische Lage der Bundesrepublik gibt zu keinen optimistischen Erwartungen Anlass. Berlin gerät in eine neue Gefahrenzone hinein. Der kommunistische Teilstaat Pankows erstrebt mit aller Kraft, und wird dabei unterstützt von der Sowjetunion, die Zerstörung des inneren Zusammenhaltes unserer Nation, den zu bewahren für alle gilt, die sich dem Ganzen verpflichtet fühlen.

Die Notwendigkeit, in aussenpolitischer Bedrängnis zusammenzustehen, schliesst einen innerpolitischen Burgfrieden oder gar ein Hinwegschweigen über besorgniserregende Erscheinungen innerhalb unseres eigenen Staatswesens nicht ein. Die lebendige Demokratie verlangt die stetige Bewährung im täglichen Leben der Gemeinschaft. Vieles für uns bedarf der Ordnung, muss auf den Stand gebracht werden, wie es die gesellschaftlichen Notwendigkeiten und das allgemeine Streben nach Wohlstand, Sicherheit im Alter und Schutz vor den Wechselfällen des wirtschaftlichen Auf und Ab gebieten. Auf manchen Gebieten ist die Bundesrepublik ein unterentwickeltes Land. Zu wenig geschieht für die im Grundgesetz uns allen auferlegte Verpflichtung, die Bundesrepublik zu einem wahren sozialen Rechtsstaat zu gestalten, zu wenig geschieht für die Förderung der Begabten in unserem Volk und viel zu wenig geschieht, um allen, die an der Vermehrung des Reichtums unserer Nation mitwirken, einen angemessenen Anteil zukommen zu lassen. Hier wartet die Deutsche Sozialdemokratie mit neuen Impulsen und Zielsetzungen auf als eine Partei, die fest auf dem Boden der Gegenwart steht und dabei den Blick in die Zukunft richtet.

Für das ganze deutsche Volk !

Ein Wort zu den Begrüßungsreden der ausländischen
Gäste auf dem Parteitag in Hannover

sp - Es ist notwendig, noch einmal an einzelne Passagen der Reden ausländischer Gäste auf dem Parteitag der SPD in Hannover zu erinnern. Allzuoft geraten Begrüßungsreden in Vergessenheit. Die Herzlichkeit und innere Anteilnahme aller Vertreter der Parteien der Sozialistischen Internationale öffneten den Blick für das politische Geschehen außerhalb Deutschlands. Wenn ein Mann wie der Ministerpräsident von Schweden und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, Tage Erlander, sagte, er habe während der Nazizeit in den deutschen Sozialisten, die damals in Schweden waren, "das andere Deutschland" kennengelernt, so erfüllt uns dieser Ausspruch mit tiefer Freude für die Anerkennung einer Leistung, die unserem ganzen deutschen Volk gilt. Dieses "andere Deutschland" war es, das den Weg aus der Finsternis der Hitlerbarbarei zu einer deutschen Demokratie ebnete.

Und wenn der Vertreter der israelischen Arbeiterpartei, MAPAI, Itzhak Feniger, den Parteitag als einen Meilenstein im Kampfe für eine bessere, gesicherte Zukunft, im Kampfe für die Festigung der Demokratie und der sozialistischen Entwicklung und besonders im Kampf gegen den Rassenhaß und die Verzerrung des Menschenbildes nannte, dann ist dies als Dank für die große völkerversöhnende Leistung der Deutschen Sozialdemokratie zu werten.

Der stellvertretende Generalsekretär der sozialistischen Partei Frankreichs, Georges Brutelle, rief dem Parteitag unter Hinweis auf perfide Angriffe, denen gelegentlich jene Sozialdemokraten ausgesetzt sind, die in der Zeit der Hitlerbarbarei Deutschland verlassen mußten, zu:

"Die Anwesenheit dieser Deutschen im Lager der Freiheit hat uns erlaubt, in unseren Ländern besser verständlich zu machen, warum die Sozialisten, entsprechend der von Leon Blum nach seiner Rückkehr aus Buchenwald entwickelten These, nicht das Prinzip der Kollektivschuld des Volkes akzeptieren können; auch ganz nicht, wenn dieses Volk einer Diktatur unterworfen wurde!"

Alle diese Worte und auch der mahnende Appell des Sekretärs der Sozialistischen Internationale, Albert Carthy, seine Erinnerung an das Auftreten des ersten Deutschen, Erich Ollenhauer, der nach dem Kriege in Israel vor Tausenden in deutscher Sprache die Brücke des Verständnisses schuf - alle diese Worte sind der Hinweis auf die historische Leistung der Deutschen Sozialdemokratie im Ringen um die Verankerung der Gleichberechtigung für das deutsche Volk nach der Hitlerdiktatur.

Griechenlands Weg in die EWG eine "Via Dolorosa"

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Man hatte allgemein erwartet, daß auf der Ministerratssitzung der EWG-Länder am 14. und 15. dieses Monats der Schlußpunkt hinter die Assoziierungsverhandlungen zwischen Griechenland und den sechs Mitgliedstaaten gesetzt würde. Noch ist der Vorhang nach dem Schlußakt nicht gefallen. Zu viele offene Fragen verzögern die Assoziierung, denn schließlich kam man nur in einem Punkt zu konkreten Ergebnissen. Es wurde vereinbart, daß Griechenland zum Auf- und Ausbau von Infrastrukturwerken in den kommenden fünf Jahren über die Europäische Investitionsbank einen Kredit in Höhe von 125 Millionen Dollar erhalten soll. Griechenland selber hatte 300 Millionen beantragt.

Der vielzitierte störende Haken bei der ganzen Angelegenheit liegt jedoch nicht so sehr in der Differenz zwischen Wunsch und Wirklichkeit. In Athen hatte man gehofft, der so notwendige Kredit würde direkt von den Regierungen der EWG-Länder bewilligt und nur zum Teil von der Europäischen Investitionsbank übernommen. Der Beschluß, daß nur die Investitionsbank die Gelder zur Verfügung stellt, war für die griechische Kommission eine herbe Enttäuschung, nicht zuletzt weil die Bank Verwendungsbedingungen geltend machen kann.

Als Bockfuß für das griechische Empfinden erwies sich die von der Bank gestellte und vom Ministerrat akzeptierte unabdingbare Voraussetzung, daß Griechenland erst seine alten Auslandsschulden tilgen müsse, ehe die neuen Zuwendungen anlaufen könnten. Besagte Schulden datieren seit jener Anleihe bei Großbritannien im Jahre 1824 (!), als die Griechen nach den Freiheitskriegen ein neues Staatsgebilde aufzubauen begannen. Der Zinssatz für weitere ähnliche Darlehen lag nie unter 30 Prozent. Mit dem Ende des zweiten Weltkrieges schien jedoch die ererbte Schuld aus der Welt geschafft, da Griechenland ja auch zu den alliierten Mächten gehörte, die die wichtigsten Gläubiger waren. Die Gesamtsumme der Auslandsschulden beläuft sich auf rund 600 Millionen Dollar. Die Tilgungsforderung wirkt wie eine kalte Dusche, auch wenn die interessierten Gläubiger ihre Ansprüche auf 25 Prozent der Gesamtsumme reduziert haben. Denn die Wirklichkeit

sieht so aus: Griechenland muß 150 Millionen Dollar zahlen, damit es im Laufe der nächsten fünf Jahre 125 Millionen Dollar als Anleihe erhält.

Es muß betont werden, daß die deutsche und die französische Delegation die griechischen Anliegen unterstützt haben, sowohl was die Höhe des gewünschten Kredits betrifft als auch in der Frage des Auszahlungsmodus durch die einzelnen Länder. Die eigenartige Voraussetzung für die Gewährung des Kredits ging ebenfalls nicht auf eine deutsche oder französische Initiative zurück. Dieses Paradoxen geht auf das Konto der holländischen und belgischen Delegation, die bösartig und weitsichtig argumentierten, man dürfe keinen "griechischen Präzedenzfall" für andere assoziationsfreudige Länder schaffen.

Offen blieb ferner die Frage des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte aus Griechenland innerhalb des Gemeinsamen Marktes. In diesem Punkt äußerten vor allem die Italiener schwere Bedenken, da sie wohl eine Konkurrenz für verschiedene südländische Produkte befürchteten. - Ungelöst blieb auch Griechenlands wirtschaftliches Sorgenkind Nr. 1: die Tabakfrage. Hier machten die Amerikaner Vorbehalte und forderten für sich in Noten an die sechs EWG-Länder entsprechende Zollvergünstigungen.

Bis zum 6. Dezember werden die skizzierten Probleme von den zuständigen Kommissionen der EWG mit der griechischen Delegation erörtert. Da zu diesem Zeitpunkt eine erneute Ministerratssitzung anberaumt ist, werden die zuständigen Gremien über die Ergebnisse der derzeitigen Besprechungen zu entscheiden haben. Man hofft in Kreisen der EWG, daß trotz der offensichtlichen Schwierigkeiten die Assoziation Griechenlands bis zum 1. Januar 1961 vollzogen sein wird. Es ist aber kein Geheimnis, daß die griechischen Vertreter mit dem bisherigen Verlauf der Dinge nicht zufrieden sind. In Athen erwägt man die Möglichkeit, vor dem Inkrafttreten der Assoziation eine Aussprache mit den amerikanischen Interessenten herbeizuführen, um durch eine Koordinierung der gegenseitigen Wünsche, die um die Tabakfrage kreisen, eine befriedigende Lösung der griechischen Finanzierungswünsche zu erreichen.

Notstand im sozialen Wohnungsbau!

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Je näher der Termin kommt, an dem der Wohnungsbauminister die nächstjährigen Mittel des Bundeshaushalts für den sozialen Wohnungsbau an die Länder verteilen muss, umso besorgter werden die Länder, was ihnen im kommenden Jahr noch verbleibt. Infolge des seit 1957 wirksamen, im Zweiten Wohnungsbaugesetz festgelegten voreiligen Abbaues der öffentlichen Mittel, der den schrecklichen Namen "Degression" hat, werden von Jahr zu Jahr 70 Millionen DM weniger zugeteilt. So würden 1961 - wenn es nur diesen Abbau geben würde - wenigstens noch 420 Millionen DM für den sozialen Wohnungsbau verbleiben. Im Bundeshaushalt sind in diesem Etatposten auch noch rund 412 Millionen DM angesetzt.

Aber diese Zahlen täuschen schwer. Sie gaukeln für den sozialen Wohnungsbau etwas vor, was gar nicht stimmt. Ausser diesem gesetzlichen Abbau werden die Mittel nämlich von Jahr zu Jahr in steigendem Umfange immer weniger, weil von den an sich schon gekürzten Mitteln auch noch abgeht, was für die Wohnungsbauprämien benötigt wird. Der soziale Wohnungsbau wird also stets von zwei Seiten her abgebaut. Regierung und Bundesministerien brüsten sich immer sehr, welche grosse Bedeutung die Wohnungsbauprämien haben, aber sie sind nicht gewillt, dafür auch die erforderlichen Mittel selbständig zur Verfügung zu stellen. Das geschieht grösstenteils nur dadurch, dass sie auf einen komplizierten und der Öffentlichkeit unverständlichen Umweg dem sozialen Wohnungsbau entzogen werden. Dieser wird von Jahr zu Jahr dadurch immer mehr gekürzt.

Für das Jahr 1960 werden rund 450 Millionen DM für Wohnungsbauprämien benötigt. 90 Prozent davon gehen an die Bausparkassen. Damit werden auch Sparleistungen begünstigt, die überhaupt nicht für den Wohnungsbau bestimmt sind, oder Sparleistungen, die nur für den gehobenen Wohnungsbau, für den Steuerbegünstigten, aber nicht für den sozialen Wohnungsbau in Frage kommen. Trotzdem wird der grösste Teil der Mittel dem sozialen Wohnungsbau entzogen. Zu den insgesamt benötigten 450 Millionen DM gibt der Bund nur rund 150 Millionen DM, der weit- aus grössere Rest, nämlich die 300 Millionen DM werden dem sozialen Wohnungsbau glatt entzogen. So soll es auch 1961 wieder werden. Wahrscheinlich wird der Bedarf an Wohnungsbauprämien 1961 auf rund 480 Millionen DM steigen, wovon der Bund wiederum nur rund 155 Millionen DM decken will.

Das bedeutet, dass 1961 sogar rund 325 Millionen DM dem sozialen Wohnungsbau entzogen werden sollen. Da für diesen auf Grund des jährlichen Abbaus sowieso nur noch 412 Millionen DM vorgesehen sind, bedeutet dies, dass im Jahre 1961 für den echten sozialen Wohnungsbau höchstens noch 90 - 100 Millionen DM übrigbleiben. Das ist das nackte Ergebnis, weil der Abbau dieser sozialen Förderung stets von zwei Seiten aus betrieben wird.

Es ist klar, dass die Länder nun sehr besorgt sind, was sie im nächsten Jahr noch für den sozialen Wohnungsbau behalten. Früher hat nur das Land Baden-Württemberg geklagt und den Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen über diesen Sachverhalt beschwörende Briefe ihres Ministerpräsidenten zugeschickt. Jetzt hat vor kurzem auch der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtages einen entsprechenden interfraktionellen Antrag angenommen, in dem verlangt wird, dass die gesamten Mittel für die Wohnungsbauprämien vom Bund gegeben werden müssten und nicht mehr dem sozialen Wohnungsbau entzogen werden dürften. Gleiche Anträge bringen Hessen und Niedersachsen ein. Die Länder haben das zwar schon lange und des Öfteren gefordert, sich aber beim Bund ebenso wenig durchgesetzt wie die SPD-Fraktion des Bundestages. Sie hat seit 1957 in jedem Jahr bei jeder Haushaltsberatung Abhilfe gefordert, sie hat 1957 ein Abänderungsgesetz vorgelegt, durch das dieses Unrecht aus der Welt geschafft werden sollte, sie hat bei der Beratung des Mücke'schen Abbaugesetzes wiederum gefordert, dass der soziale Wohnungsbau nicht weiterhin durch die Wohnungsbauprämien benachteiligt wird.

Immer wieder haben Regierung und Regierungsparteien erklärt, dass hier tatsächlich ein Sachverhalt vorliege, der schnellstens geändert werden müsse. Auch der Bundesfinanzminister hat dies anerkannt. Aber leider haben die Länder die grosse Chance selbst verpasst, die notwendige Änderung zu erzwingen und den sozialen Wohnungsbau für die Zukunft zu sichern, als sie den Mücke'schen Abbaugesetzen ohne Einwände zustimmten, obwohl sie bei ihrer Einbringung Abhilfe gefordert hatten.

Nachdem die Bemühungen einzelner Länder bisher erfolglos blieben, hat der Bundesrat bei der Vorberatung des neuen Haushalts 1961 erneut gefordert, dass das Zweite WoBauG geändert werden müsse. Auch die Konferenz der Ministerpräsidenten am 6. Oktober hat beschlossen, dies nachdrücklich zu fordern, da sonst der soziale Wohnungsbau ernstlich gefährdet sei. Neuerdings haben auch Länderminister - so z.B. von Niedersachsen - erneut die Bundestagsabgeordneten dringend gebeten, sich bei den Haushaltsberatungen dafür einzusetzen, dass die Wohnungsbauprämien nicht weiterhin aus den Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gedeckt werden. Die SPD-Fraktion wird sicherlich solche Anträge - wie in den früheren Jahren - wieder stellen. Es müsste aber gesichert werden, dass die Länder dieses Mal die von ihnen gefassten Beschlüsse bis zur letzten Konsequenz durchhalten und darauf beharren, dass dieses Unrecht endlich beseitigt wird. Anderenfalls wird der soziale Wohnungsbau durch jede Kürzung der Mittel immer mehr betroffen. Das kann nur noch mit Hilfe der Länder abgewehrt werden. Vom Wohnungsbauminister und von der Regierung ist keine wirksame Abhilfe mehr zu erwarten, nachdem so oft schon alle darauf abzielenden SPD-Anträge abgelehnt wurden - nicht der Sache wegen, sondern weil sie von der SPD kamen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel